

AUS DEM BUNDESTAG

BETTINA M. WIESMANN MdB



7. Juni 2024

Sehr geehrte Damen und Herren,

die jüngste Sitzungswoche im Deutschen Bundestag stand im Zeichen des hinterhältigen Messerangriffs vom vergangenen Wochenende, bei dem ein Mannheimer Polizist im beherzten Einsatz für gefährdete Bürger brutal ermordet wurde. Der mutmaßliche islamistisch motivierte Terroranschlag schockiert Deutschland und macht auch mich persönlich zutiefst betroffen.

Regierungserklärung zur aktuellen Sicherheitslage

Nachdem der Deutsche Bundestag am Mittwoch in einer Schweigeminute des getöteten Polizisten Rouven Lauer gedachte, waren die gestrige Regierungserklärung von Bundeskanzler Olaf Scholz zur aktuellen Sicherheitslage und die anschließenden Plenardebatten von der Frage nach den politischen Konsequenzen dieses Attentats geprägt.

Diese heimtückische Tat fällt in eine Zeit, in der die Sicherheitslage im Inneren wie im Äußeren ohnehin bereits angespannt ist. Die Straßenkriminalität nimmt zu, die politisch motivierte Kriminalität ist in vielen Bereichen sprunghaft angestiegen. Angriffe auf Polizisten, Rettungskräfte, aber auch auf Ehrenamtliche und Politiker nehmen zu. Die Bürger verlieren Vertrauen in den Staat und seine Fähigkeit, für Schutz und Sicherheit im öffentlichen Leben zu sorgen, sowie in die Handlungsfähigkeit der Bundesregierung und der sie tragenden Ampelkoalition, diesen Entwicklungen Einhalt zu gebieten.

Es muss jetzt schnell und sichtbar etwas geschehen. Die Zeit des bloßen „Warnens“ und „Verurteilens“ ist vorbei. Zuerst muss die Ampel die Bekämpfung des Islamismus und des politischen Islam wieder in den Vordergrund rücken. Weshalb wurde der Expertenrat Politischer Islamismus, vom Unions-geführten Innenministerium 2021 eingeführt, nach nur einem Jahr seiner Tätigkeit ersatzlos aufgelöst? Warum ist das Islamische Zentrum in Hamburg noch immer nicht geschlossen? Welche konkreten Maßnahmen jetzt ergriffen werden müssen, haben wir in unserem Antrag „Den politischen Islam als Gefahr für unsere freiheitliche Demokratie jetzt wirksam bekämpfen“ dargelegt und ihn diese Woche abermals ins Plenum eingebracht, inklusive namentlicher Abstimmung. Bedauerlicherweise hat er keine Mehrheit gefunden.

Zu den zahlreichen notwendigen Maßnahmen zählt eine Verschärfung der Abschiebungs- und Gewahrsamsregeln für ausreisepflichtige Straftäter und Gefährder. Abschiebungen nach Afghanistan und Syrien müssen für Straftäter und Gefährder aufgenommen werden. Andere Länder zeigen, dass das möglich ist. Und schließlich: Das strukturelle Misstrauen gegen unsere Polizei, das sich wie ein roter Faden durch die Politik der Ampel-Koalition zieht, muss ein Ende haben.

Fragestunde: Das Familienministerium hat den überfälligen Gesetzentwurf zur Stärkung des Schutzes von Kindern vor sexuellem Missbrauch noch immer nicht vorgelegt.

Seit über 10 Jahren gibt es das Amt des Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs. Der nach den Skandalen in Schulen und Kirchen eingerichtete Runde Tisch hatte dieses Amt und einen Fonds zur finanziellen Unterstützung von Opfern der meist verjährten Taten angeregt und die damalige CDU-geführte Bundesregierung diesen Wünschen umgehend entsprochen.

In Fortführung von Plänen aus der vergangenen Legislatur nahm sich die jetzige Ampel-Koalition vor, das Amt des Unabhängigen Beauftragten dauerhaft zu finanzieren, Beratung und Forschung auszubauen sowie Regelungen zur Prävention und zur Aufarbeitung vergangener Taten zu treffen. Das ist nun über zweieinhalb Jahre her. Zwischenzeitlich wurde ein Gesetzesentwurf erarbeitet und den Ländern und Verbänden zur internen Diskussion gestellt. Seitdem hakt es. Das Gesetzesvorhaben wird von Kabinettsitzung zu Kabinettsitzung verschoben. Dabei warten vor allem Opferverbände sehnlich auf Hilfestellung bei der Aufarbeitung – genauso wie Eltern und junge Menschen auf Regelungen, die dafür sorgen, dass ihnen in Einrichtungen wie Kirchen, Sportvereinen, Schulen, Kitas und Jugendfreizeiteinrichtungen sowie in Jugendheimen keine Gefahr droht.

Während der Fragestunde am Mittwoch gestand Familienstaatssekretärin Ekin Deligöz ein, dass die juristische Prüfung noch nicht abgeschlossen ist und dass auch für den Hilfsfonds für die Opfer noch keine Lösung für die Zukunft vorliegt. Ein Armutszeugnis! Auch die amtierende Unabhängige Beauftragte Kerstin Claus hat schon öffentlich das Gesetz eingefordert. Die Ministerin dagegen brüstet sich mit dem neuen Wahlrecht und Demokratieförderung, doch tut sie wenig für den Schutz von Kindern und Frauen vor Missbrauch und Misshandlung.

Vor Ort in Frankfurt: Berger Straßenfest mit Demokratiearena

Zusammen mit Wirtschaftsdezernentin Stephanie Wüst und Ortsvorsteherin Karin Guder hatte ich die Ehre, das 37. Berger Straßenfest am 25. Mai auf der Bühne am Merianplatz zu eröffnen. In einem unglaublichen Kraftakt ist es der Interessengemeinschaft Untere Berger Straße mit ihrem Vorsitzenden Kaweh Nemati gelungen, erneut ein großartiges Fest auf die Beine zu stellen. Die Sicherheitsauflagen waren nochmals verschärft worden, und so war die finanzielle Unterstützung von Ortsbeirat und Stadt nötig, um das Fest dieses Jahr wieder zu ermöglichen.

125.000 Besucher an zwei Tagen zählte die Festmeile zwischen Anlagenring und Alleenring. Ein Novum war die von Kaweh Nemati initiierte „Demokratiearena“, in der sich Vertreter der demokratischen Parteien präsentierten und Besuchern Rede und Antwort standen. Es war mir eine Freude, als Bundestagsabgeordnete an diesem besonderen Format teilzunehmen. Die Resonanz der Besucher war überwältigend. Mein Fazit: Die Demokratiearena sollte unbedingt auf dem nächsten Berger Straßenfest wiederholt werden.

Neuer Termin: Berliner Perspektiven mit Ralph Brinkhaus MdB am 22. August um 17h30

Die gemeinsam von der Jungen Union Frankfurt und mir geplante Ausgabe der Veranstaltungsreihe Berliner Perspektiven zum Thema „Europa zwischen Weltoffenheit und

Abschottung – wie sichern wir Freiheit und Wohlstand auf unserem Kontinent?“ mit meinem Kollegen Ralph Brinkhaus musste leider krankheitsbedingt verschoben werden.

Als neuen Termin können Sie sich schon heute Donnerstag, den 22. August 2024, um 17.30 Uhr (Einlass: ab 17 Uhr) vormerken. Über den Ort der Veranstaltung werden wir mit der offiziellen Einladung in Kürze informieren.

Mit dem ehemaligen Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag und Mitglied des Europaausschusses, Ralph Brinkhaus MdB, wird einer der profiliertesten Europapolitiker im politischen Berlin seine Perspektive auf die Frage mit uns teilen, wie die Errungenschaften Europas für die Zukunft erhalten und gestärkt werden können.

Demokratie erleben: Am 9. Juni ist Europawahl.

Auf Einladung des französischen Vereins *Participer* habe ich vor einigen Tagen an einer Podiumsdiskussion in Paris mit der Abgeordneten der Nationalversammlung, Sabine Tillaye, und dem Europaabgeordneten, Domènec Ruiz Devesa, sowie dem Chef de Cabinet der Kommissarin für Demokratie und Demografie, Colin Scicluna, teilgenommen. Im Zentrum der Diskussion stand die Frage, wie die Demokratie in Europa verteidigt und gestärkt werden kann. Eine demokratische Gesellschaft braucht Orte und Gelegenheiten, die es Bürgern möglich machen, Demokratie zu erleben und sich immer wieder der Zugehörigkeit zur demokratischen Gesellschaft bewusst zu werden. In Paris habe ich in diesem Zusammenhang über das von vielen Frankfurtern geteilte Ansinnen berichtet, die Frankfurter Paulskirche mit Hilfe eines Hauses der Demokratie als deutschen und europäischen Demokratieort zu stärken.

Eine ideale Gelegenheit, unsere Demokratie zu erleben und zu verteidigen, hält der kommende Sonntag für die Bürger Europas bereit. In den vergangenen Wochen habe wir alle gemeinsam an unzähligen Infoständen, auf Podien und Veranstaltungen sowie in persönlichen Gesprächen für die Europawahl geworben. Am Sonntag gilt es. Gehen Sie wählen, und helfen Sie mit, den 9. Mai zu einem Fest der europäischen Demokratie werden zu lassen!

Ihre

Bettina M. Wiesmann MdB